

**Herausgeber und Redaktion der Jugendzeitschrift elan:**

# **Keine Große Koalition!**

## **Diese CDU darf nicht mehr regieren!**

Nach Redaktionsschluß wandten sich Herausgeber und Redaktion des **elan** an die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei mit der Forderung, eine Große Koalition mit der CDU/CSU abzulehnen. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

An die  
SPD-Fraktion  
53 Bonn  
Bundeshaus

Herausgeber und Redaktion der Jugendzeitung **elan** bitten Sie dringend, einer Großen Koalition Ihre Zustimmung zu versagen. 17 Jahre CDU-Politik haben unser Land außen-, innen- und wirtschaftspolitisch in die Krise geführt. Diese CDU darf nicht mehr regieren. Sozialdemokratische Minister würden als Feigenblatt benutzt werden, um der CDU die Fortsetzung ihrer Politik zu ermöglichen. Auch in der Koalition zwischen CDU und SPD bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik.

In ernster Sorge um den Bestand der Demokratie appellieren wir an Sie, auch im Namen unserer Leser:

Ermöglichen Sie der CDU nicht die Fortsetzung ihrer bankrotten Politik! Setzen Sie das ganze Gewicht der SPD für eine Neuorientierung der Politik ein.

In Übereinstimmung mit weiten Teilen der Öffentlichkeit, insbesondere vieler junger Wähler aus der Arbeiterjugend, fordern Herausgeber und Redaktion von jeder neuen Bundesregierung:

1. Rüstungsstop, Verzicht auf jede atomare Mitverfügung.
2. Ausbau der Demokratie, Verzicht auf Notstandsgesetze.
3. Entspannung in Deutschland und Europa durch Abrüstung und sachliche Kontakte zur DDR.
4. Sicherung der Arbeitsplätze und der Konjunktur.
5. Erfüllung der Forderungen der Jugend nach gleichen Bildungschancen für alle, und nach einer zeitgemäßen, fortschrittlichen Berufsausbildung.

In diesem Sinne unterstützen wir das 5-Punkte-Programm der IG Metall.

**Pastor Horst Stuckmann, Bernhard Jendrejewski, Pfarrer W. Heintzeler,  
Karl-Hubert Reichel, Karl-Heinz Schröder, Werner Weismantel**

### **Erklärung zur Großen Koalition**

**Zum gleichen Thema erklärte  
das Kuratorium des Kongresses  
„Notstand der Demokratie“ auf  
seiner Tagung am 28. November  
in Frankfurt/Main:**

Das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ hat mit Bestürzung davon Kenntnis genommen, daß die gegenwärtige Regierungskrise durch Bildung einer Großen Koalition von CDU/CSU und SPD gelöst werden soll. Das Kuratorium wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Versuch, der in Verbindung mit der geplanten Einführung eines Mehrheitswahlrechts die letzten Reste der demokratischen Opposition aus unseren Volksvertretungen verdrängen würde.

Die Regierungskrise ist Folge einer gescheiterten Regierungspolitik. Grundgesetzänderungen und Notstandsgesetze, die unserem Staatswesen autoritäre Züge verleihen und die Entfremdung zwischen Volk und Regierung vergrößern, können keinen Ausweg aus dieser Krise bieten. Gerade sie sind aber der wesentliche Inhalt des schon jetzt vom Kanzlerkandidaten der CDU/CSU bekanntgegebenen Regierungskonzepts.

Die Verwirklichung dieses Programms durch eine Große Koalition, die sich auf der Grundlage

**Fortsetzung auf Seite 2**



Fortsetzung von Seite 1

## Erklärung zur Großen Koalition

der geheim gehaltenen Erfahrungen des Manövers „Fallex 66“ bildet, besäße trotz ihrer Abstützung durch eine große Bundestagsmehrheit keine demokratische Legitimation.

Durch ihren Eintritt in die Regierung würde die SPD Beistand zur Verschleierung des Konkurses der Regierungspolitik leisten. Der völlige Offenbarungseid würde umgangen und die für die gescheiterte Politik verantwortlichen Kräfte gestützt werden. Es besteht die Gefahr, daß im Schutze einer Großen Koalition die von der Regierung Erhard verkündete „Formierte Gesellschaft“ Wirklichkeit und die Verfassung mit den von der neuen Bundesregierung alsbald verabschiedeten Notstandsgesetzen zu einem Fetzen Papier wird.

Dieser Entwicklung kann nur durch eine demokratische Alternative begegnet werden, die einen klaren Schlußstrich unter die Mißwirtschaft der CDU/CSU zieht.

Wir fordern:

Abschaffung der Notstandsgesetze statt ihrer Legalisierung durch Grundgesetzänderungen;

eine Außenpolitik des Ausgleichs mit Ost und West, die auf die Mitverfügung über Atomwaffen und auf Grenzrevisionen verzichtet und damit den Weg freigibt zur friedenssichernden Festigung der außenpolitischen Verhältnisse in Europa und zur Anerkennung der Bundesrepublik als eines stabilen friedensfördernden Landes;

Sanierung der Staatsfinanzen durch drastische Kürzungen des Rüstungshaushaltes;

eine Wirtschaftspolitik der Sicherung der Arbeitsplätze und des sozialen Besitzstandes der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Wir fordern die Erfüllung des Grundgesetzes als der Verfassung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates, denn nur so kann die Bundesrepublik ihre eigene innere Freiheit erhalten und ihrer geschichtlichen Verantwortung vor der Welt gerecht werden.

Das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ fordert alle demokratischen Kräfte auf, ihren Protest überall wirksam zum Ausdruck zu bringen.

# IG Metall zur Regierungsbildung

**Mit Sorge verfolgt der Vorstand der IG Metall die Entwicklung in Bonn. Unabhängig davon, wie die Koalitionsverhandlungen ausgehen, hält er eine Neuorientierung der Politik unter anderem auf folgenden Gebieten für unerlässlich:**

1. Voraussetzung für die Beseitigung der Haushaltsschwierigkeiten und für weiteren sozialen Fortschritt ist ein sofortiger Stopp und allmählicher Abbau von Rüstungsausgaben.
2. Die neue Bundesregierung muß alsbald eine entschiedene Entspannungspolitik betreiben und vor allem das Verhältnis zu den osteuropäischen Völkern normalisieren. Dazu gehört auch eine Verstärkung des wirtschaftlichen Austausches.
3. Von der neuen Regierung wird erwartet, daß sie unverzüglich die Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank durch eine entschiedene Wachstumspolitik ablöst und gleichzeitig einen Beitrag zur Preisstabilität durch Verzicht auf weitere politische Preissteigerungen leistet. Die neue Regierung muß die bestehenden Strukturprobleme in der Wirtschaft lösen sowie die Mitbestimmung und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer sichern und ausbauen.
4. Die Tarifautonomie ist im vollen Umfang anzuerkennen. Es dürfen keinerlei Versuche unternommen werden, den Tarifvertragsparteien durch Lohnleitlinien oder ähnliche staatliche Empfehlungen Fesseln anzulegen.
5. Die Gewerkschaften haben sich wiederholt gegen die von früheren Bundesregierungen vorangetriebenen Pläne für eine Notstandsgesetzgebung ausgesprochen. Sie erwarten von der neuen Bundesregierung, daß sie auf eine zusätzliche Notstandsgesetzgebung verzichtet. —

Die IG Metall wird diese Stellungnahme auch dem DGB zuleiten, damit sie in den Katalog von Forderungen aufgenommen wird, die der DGB der neuen Regierung unterbreiten will.

---

## Interview mit Dr. Arno Klönne

### Pressereferent der Kampagne für Abrüstung

**Zum bevorstehenden Tag der Menschenrechte (10. 12.) und den geplanten Aktionen der „Kampagne für Abrüstung“ führte elan mit Dr. Arno Klönne das folgende Interview:**

**elan:** Die Kampagne für Abrüstung hat neue Aktivitäten angekündigt. Können Sie uns darüber etwas sagen?

**Dr. Klönne:** Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, demonstriert

die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik, wie auch ähnliche Bewegungen in anderen Ländern, für Frieden in Vietnam. Am gleichen Tag

**Fortsetzung auf Seite 3**



## Fortsetzung von Seite 2

beginnt die Kampagne eine Sammlung für die Opfer des amerikanischen Krieges in Vietnam. Der Erlös dieser Sammlung ist für die Finanzierung von Kinderstationen in Nordvietnam, im Gebiet der Südvietnamesischen Befreiungsfront und bei den oppositionellen Gruppen in dem von Saigon beherrschten Gebiet bestimmt und wird über das von Weltkirchenratsmitglied D. Martin Niemöller, Oberkirchenrat Kloppenburg, Professor Walter Fabian und anderen Persönlichkeiten gegründete Komitee „Helft ihnen“ dorthin geleitet. Die Kampagne für Abrüstung ist der Auffassung, daß eine Hilfe für Vietnam nicht dem Regime Ky zugute kommen darf, sondern den Opfern dieses von den USA und vom Regime Ky in Gang gesetzten Krieges zugute kommen muß.

Die Kampagne ist außerdem der Meinung, daß jede humanitäre Hilfe für Vietnam zu der politischen Konsequenz führen muß:

- Macht endlich Schluß mit dem Krieg in Vietnam!

**elan:** Für welche politische Lösung des Vietnam-Konflikts tritt die Kampagne ein?

**Dr. Klönne:** Wir haben unseren Standpunkt hierzu jetzt erneut im Aufruf zum Ostermarsch 1967 formuliert. Es heißt dort:

„... Wir unterstützen die politischen Forderungen zur Beendigung des Krieges in Vietnam, die u. a. U Thant und de Gaulle erhoben haben:

- Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam;
- Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner;
- Einstellung der militärischen Aktivität in Südvietnam;

- Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954;

- Abzug aller ausländischen Truppen und Neutralisierung ganz Vietnams.“

Der Appell zur Beendigung des Krieges in Vietnam richtet sich übrigens nicht nur an die USA. Auch die Regierung der Bundesrepublik ist hier gemeint. Sie soll bei der verbündeten Regierung der USA auf ein Ende des Krieges hinwirken, sie soll die politische und materielle Unterstützung des Krieges der USA in Vietnam einstellen.

**elan:** Der Ostermarsch 1967 wird also auch unter dem Motto „Friede für Vietnam“ stehen?

**Dr. Klönne:** Ja. Das ist ebenso wie die Forderung nach Sicherheit für Europa und der Ablehnung der Notstandsgesetze das zentrale Thema des Ostermarsches und die Aktionen am 10. Dezember sind zugleich der Start der Vorbereitung des Ostermarsches 1967. Wir sind der Auffassung, daß die Politik der Kampagne für Abrüstung gerade in den jüngsten Vorgängen in Bonn in ihrer Richtigkeit bestätigt wurde. Im Aufruf zum Ostermarsch heißt es, an die Adresse Bonns gerichtet:

„... Die Bundesrepublik befindet sich in einer Situation, in der die politischen Weichen für morgen gestellt werden. Drei Fragen stehen im Vordergrund:

- Wird auch die neue Bundesregierung die Störversuche gegen die Entspannungspolitik in Europa fortsetzen oder wird sie sich den Bemühungen um Entspannung, um ein neues System europäischer Sicherheit, um Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung anschließen?

- Wird auch die neue Bundesregierung die Politik der Notstandsgesetzgebung, der Militarisierung und „Formierung“ der Gesellschaft fortsetzen oder wird sie sich für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat entscheiden und dem Auftrag des Grundgesetzes folgen, „dem Frieden der Welt zu dienen“?

- Wird auch die neue Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam moralisch, finanziell und politisch unterstützen oder wird sie von diesem Krieg abrücken und bei den verbündeten Vereinigten Staaten auf seine Beendigung wirken?

Diese Alternativen sind Ausdruck einer zentralen Frage:

Ist die neue Bundesregierung bereit, den gefährlichen und aussichtslosen Versuch aufzugeben, die Verhältnisse in Mitteleuropa durch eine Politik der Stärke und Aufrüstung zu ändern.

Die Bundesrepublik muß eine neue Politik wählen. Nur so kann sie sich aus der Isolierung befreien, in die ihre Politik sie gegenüber Ost und West gebracht hat.“

Diese politischen Vorschläge sind ein Beitrag der Kampagne für Abrüstung zur Lösung der Krise in Bonn. Diese Krise wird in Wahrheit nur dann ein Ende finden, wenn die Bundesrepublik sich endlich zu einer Politik der Friedenssicherung entschließt, wenn sie den Sozialstaat statt des Rüstungsstaates zu ihrem Ziel macht. Wir sind zuversichtlich, daß unsere Kampagne, daß der Sammlung für Vietnam und der Vorbereitung des Ostermarsches sich neue Kräfte und noch mehr Mitbürger zur Verfügung stellen werden. Die Kampagne für Abrüstung, eine parteipolitisch unabhängige Bewegung, bittet alle um Mitarbeit, die ihre politische Zielsetzung bejahen.

---

Sonderdruck zur Nr. 12/66 — Dezember  
**elan**

Zeitung für internationale Jugendbegegnung

Herausgeber: Pastor Horst Stuckmann, Bernhard Jendrejewski, Pfarr. W. Heintzeler, Werner Weismantel. Verleger: Karl Heinz Schröder.

Geschäftsführender Redakteur: Karl Hubert Reichel

Verantwortl. Redakteur: Rolf J. Priemer.

Redaktion: 46 Dortmund, Kuckelke 20.

Erscheint in der Weltkreisverlags-GmbH, 6104 Jugenheim/Bergstraße, Alsbacher Straße 65

Postcheckkonto Frankfurt/Main 2032 90.